

AWO SPI Soziale Stadt- und Land Entwicklungsgesellschaft

Seepark 7,
39116 Magdeburg

Aufforderung zur Angebotsabgabe inklusive Leistungsbeschreibung

1. Grunddaten

Interne Vergabenummer: VG20266534	Datum 08.06.2026
Adresse Empfänger: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	Anfrage per Mail oder Fax: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
Unser Zeichen: Kst:1093	Lieferanschrift: AWO SPI, z.Hd Ralf Kircheis, Zur Saaleau 51a, 06122 Halle
Ansprechpartner: Ralf Kircheis	
Telefon: [0345/686948293]	
Faxnummer: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	
Mail: r.kircheis@awo-spi.de	Ablauf der Angebotsfrist: 26.06.2026
Vergabearart: Öffentliche Ausschreibung	Ablauf der Zuschlagsfrist: 01.07.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen eines Vergabeverfahrens bitten wir Sie zur Abgabe eines Angebotes entsprechend der Leistungsbeschreibung.

2. Leistungsbeschreibung

Notwendigkeit/Problemdarstellung:

Die AWO SPI GmbH ist ein gemeinnütziges Unternehmen der Sozialwirtschaft. Wir leben die Werte und Ziele der Arbeiterwohlfahrt. Diese sind die Grundlagen des Handelns aller Mitarbeitenden und der Unternehmenskultur der AWO SPI GmbH. Die AWO SPI GmbH führt zu diesem Zweck soziale, arbeitsmarkt- und bildungsorientierte Projekte, Maßnahmen und Aufträge in Sachsen und Sachsen-Anhalt durch. Im Zuge dieser Arbeiten setzt die AWO SPI derzeit im Rahmenprogramm „DigiWohl“ (Stärkung sozialer Dienste der freien Wohlfahrtspflege mittels Digitalisierung) ein Modellprojekt um, welches Berater*innen und Ratsuchende in ihren Anliegen mittels digitaler Instrumente unterstützt. Ausgangspunkt des Projekts ist die Erkenntnis, dass Ratsuchende häufig auf unterschiedliche Zugangsbarrieren zu Beratungsangeboten stoßen. Gleichzeitig verfügen Beratungsstellen über umfangreiches Fach- und Erfahrungswissen, das oftmals nicht zentral verfügbar oder systematisch aufbereitet ist. Das hohe Beratungsaufkommen führt zudem zu einem erheblichen Zeitdruck im Arbeitsalltag, wodurch sowohl die Dokumentation als auch der fachliche Wissensaustausch erschwert werden. Das Modellprojekt zielt darauf ab, diesen Herausforderungen durch digitale Lösungen zu begegnen und die Qualität sowie die Erreichbarkeit von Beratungsangeboten nachhaltig zu stärken.

Problemlösung:

Im Projekt „AWO KnowFlow“ wird ein integriertes, KI-gestütztes Beratungsökosystem auf lokaler Infrastruktur aufgebaut. Es umfasst eine KI-fähige, barrierearme Webseite mit semantischer Suche, einen mehrsprachigen Chatbot zur niedrigschwelligen Erstberatung (extern für Ratsuchende sowie intern als Wissens- und Lernmonitor für Berater*innen), ein datenschutzkonformes System zur anonymisierten Nutzungsanalyse mit Auswertungs-Dashboard sowie barrierearme animierte Erklärvideos in einfacher Sprache und mehreren Sprachen. Sprachmodelle und Embedding-Komponenten laufen auf vom Auftraggeber bereitgestellter lokaler Hardware (Mac Studio 128 GB bzw. Nvidia DGX Spark oder vergleichbar). Dadurch entfallen laufende API-Lizenzkosten, und die DSGVO-konforme Verarbeitung von Beratungsdaten wird strukturell vereinfacht. Die Lösung wird gemeinsam mit den Fachberatungsteams iterativ entwickelt, getestet und nachhaltig in das bestehende QMS sowie den Regelbetrieb der AWO SPI integriert.

Zielsetzung:

Die Laufzeit umfasst 29 Monate (07/2026–12/2028). Im Rahmen einer durchschnittlichen Leistung von ca. 10 Stunden pro Woche werden folgende Teilziele verfolgt:

- Ziel 1 – KI-fähige Webseite (bis 09/2026): semantische Suche, Barrierearmut nach WCAG 2.1 AA (Screenreader, einfache Sprache, mindestens zwei Sprachversionen), Schnittstellen für Chatbot und Datenanalyse, extern (Ratsuchende) und intern (Berater*innen-Wissensbot), Mehrsprachigkeit, Ziel 2 – KI-gestützter Chatbot (bis 06/2027): Entwicklung und Erprobung in mindestens drei Zielgruppen für die Anbieter (bis 06/2027) und Entwicklung und Erprobung in mindestens drei Zielgruppen für die Ratsuchenden (bis 06/2027).
Ziel 3 – Datenbasierte Angebotsoptimierung (ab 07/2027): datenschutzkonformes anonymisiertes Nutzungstracking und Auswertungs-Dashboard für quartalsweise Auswertungen.

Ziel 4 – Barrierearme animierte Erklärvideos (bis 06/2028): Produktion und Veröffentlichung von 10 animierten Erklärvideos (keine fotorealistischen Avatare) in einfacher Sprache und mehreren Sprachen, KI-generierte Vertonung lokal erstellt.

Querschnittsziel – Aufbau und Betrieb der lokalen KI-Infrastruktur (LLM-Hosting, Embedding-Modell, Vektordatenbank, Monitoring, Backup) auf vom Auftraggeber bereitgestellter Hardware (bis 06/2026 lauffähig).

Ziel 5 – KI-gestützte Beratungsprotokolle, Pilot (04–12/2028): Pilotierung des Systems in einer Beratungsstelle der AWO SPI auf Basis lokaler Speech-to-Text- und LLM-Verarbeitung; qualitative Evaluation; Empfehlungen für den Roll-out in weiteren Beratungsstellen im Rahmen eines Anschlussvorhabens.

Querschnittsanforderungen für alle Ziele: DSGVO-Konformität, IT-Sicherheit, Barrierearmut, ökologische Nachhaltigkeit (Green IT) sowie Integration in das QMS der AWO SPI.

Dienstleistung

Der Auftragnehmer erbringt im Zeitraum 07/2026–12/2028 durchschnittlich 10 Stunden pro Woche externe Leistung (Rahmenvertrag mit phasenweisem Abruf) und liefert folgende Gewerke:

1. Aufbau und Betrieb der lokalen KI-Infrastruktur auf vom Auftraggeber gestellter Hardware: Inbetriebnahme, Modellauswahl und Quantisierung (z. B. Llama 3, Qwen 2.5 oder vergleichbar), Inference-Server (z. B. Ollama, vLLM), lokales Embedding-Modell, Vektordatenbank (z. B. Qdrant oder Weaviate), Monitoring, Backup- und Ausfallkonzept.
2. Technische Ertüchtigung der bestehenden Webseite: Integration der semantischen Suche, barrierearme Anpassungen (Screenreader-Kompatibilität, einfache Sprache, Übersetzungen in mindestens zwei Sprachen), technische Schnittstellen für Chatbot und Datenanalyse, Erweiterung der Datenschutzhinweise.
3. Entwicklung und Implementierung eines KI-gestützten Chatbots: Aufbau der Wissensbasis zu mindestens drei Beratungsfeldern und den Angeboten der AWO SPI; Mehrsprachigkeit; getrennte Zugänge extern (Ratsuchende) und intern (Berater*innen-Wissensbot); Protokollierung nicht beantworteter Anfragen für das Lernmonitor-Konzept; datenschutzkonforme Architektur auf lokaler Inferenz.
4. Datenanalyse: datenschutzkonforme anonymisierte Erfassung der Nutzung von Webseite und Chatbot; Dashboard zur Visualisierung häufiger Fragen, nicht gefundener Inhalte und thematischer Trends.
5. Produktion von 10 barrierearmen animierten Erklärvideos zu zentralen Beratungsthemen (keine fotorealistischen Avatare): Storyboard, Animation (z. B. Manim, Motion Canvas, AnimateDiff oder vergleichbar), KI-generierte Vertonung lokal (z. B. Coqui XTTS oder vergleichbar), Untertitel, mehrsprachige Versionen, Tests mit der Zielgruppe sowie Aufbau eines wiederverwendbaren Produktionsworkflows.
6. Pilotierung KI-gestützter Beratungsprotokolle in einer Beratungsstelle der AWO SPI: DSGVO-Konzept inkl. DSFA-Erweiterung für die Verarbeitung gesprochener Beratungsdaten; mehrsprachiges Einwilligungsfeld für Ratsuchende; lokale Speech-to-Text-Komponente (z. B. Whisper); LLM-Pipeline zur Zusammenfassung und Strukturierung der Protokolle; mehrsprachige Ausgabe in einfacher Sprache; Frontend für Berater*innen (Aufnahme, Bearbeitung, Export); Schulung und Begleitung des Pilotteams; qualitative Evaluation durch Interviews; Übergabe-Empfehlungen für den Roll-out in weiteren Beratungsstellen.
7. Querschnittsleistungen: agile Zusammenarbeit mit dem multiprofessionellen Projektteam der AWO SPI, Anwender- und Mitarbeiterschulungen, Dokumentation der Architektur und Prozesse, regelmäßige Test- und Iterationsphasen, Übergabe in den Regelbetrieb sowie technische Wartung und Support während der Vertragslaufzeit.

Skripte für Erklärvideos, Übersetzungen sowie die redaktionelle Pflege der Chatbot-Wissensbasis werden in der Regel durch die AWO SPI bereitgestellt. Hardware (LLM-Inferenz) wird vom Auftraggeber gestellt; laufende Lizenzkosten für proprietäre LLM- oder KI-Video-Plattformen werden nicht übernommen. Eingesetzte Komponenten müssen lokal betrieben werden und sollen vorrangig auf Open-Source-Basis erfolgen. Eine Aufteilung in mehrere Lose (Infrastruktur / Anwendungsentwicklung / Mediendesign) ist als Nebenangebot zulässig.

Anforderungen an die Zusammenarbeit und Qualifikation:

Aufgrund der engen Verzahnung mit den Beratungsteams und der Verarbeitung besonders schützenswerter Daten vulnerabler Zielgruppen ergeben sich folgende funktionale Mindestanforderungen an die Auftragsausführung:

- a) Persönliche Vor-Ort-Präsenz bei Steuerungsmeetings mindestens einmal pro Quartal in einer der Beratungsstellen der AWO SPI (Halle (Saale) bzw. Magdeburg) auf eigene Kosten.
- b) Persönliche Durchführung von Vor-Ort-Workshops bei Anforderungsaufnahme zur Webseite (M2), bei der Schulung der Berater*innen zum internen Wissensbot (M3) sowie bei der Pilotbegleitung der KI-Beratungsprotokolle (M6) in den jeweiligen Beratungsstellen.
- c) Ein fest benannter Projektverantwortlicher steht der AWO SPI während der üblichen Geschäftszeiten als Ansprechperson (telefonisch sowie per Video) persönlich zur Verfügung. Geschäftssprache ist Deutsch.
- d) Reaktionsfähigkeit bei kritischen Sicherheits- oder Datenschutzvorfällen innerhalb von 24 Stunden nach Meldung, im begründeten Fall mit persönlicher Präsenz vor Ort.
- e) Wöchentlicher Jour-Fixe von ca. 30 Minuten gemeinsam mit dem internen Projektteam der AWO SPI (in der Regel als Video-Konferenz), zur frühzeitigen Klärung fachlicher und technischer Fragen sowie zur Vermeidung von Fehlentscheidungen. Das Umsetzungsvorgehen folgt einem agilen Sprint-Modell mit kurzen Iterationszyklen (Sprint-Dauer zwei Wochen), inklusive Sprint-Review und Retrospektive. Sprint-Ziele und -Ergebnisse werden im Projekttool dokumentiert.

Folgende Qualifikationen werden im Rahmen der Angebotsbewertung als Qualitätsmerkmale positiv gewertet (Zuschlagskriterium „Qualität“):

- f) Nachweisbare Erfahrung mit Wohlfahrtsverbänden, sozialen Trägerstrukturen oder vergleichbaren Non-Profit-Organisationen.
- g) Kenntnisse über die Beratungsfelder, Organisationsstrukturen und das Leitbild der AWO SPI bzw. nachweisbare Bereitschaft und Vorgehen zur kurzfristigen Einarbeitung in diese.
- h) Vertrautheit mit den Datenschutzerfordernungen im sozialen Beratungsbereich (DSGVO, Berufsgeheimnis nach § 203 StGB, ANBest-P bei zuzwendungsfinanzierten Projekten).

3. Verfahrensbeschreibung

Beschreibung des Verfahrensablaufs

- Das Angebot ist in einem verschlossenen Umschlag einzureichen. Dieser ist mit der Aufschrift:

„Nicht öffnen“

Angebot zum Vergabeverfahren: (Vergabenummer einfügen)

Ablauf der Angebotsfrist: (Angebotsfrist einfügen)

zu versehen

- Der so gekennzeichnete Umschlag ist in einem weiteren (äußeren) Umschlag unterzubringen auf dem die Firmenanschrift (siehe oben) aufgebracht ist.

- Sofern, dass Angebot nach der Angebotsfrist eingeht, kann es nicht in die Bewertung einbezogen werden
- Achten Sie bitte darauf, **dass die Gültigkeit Ihres Angebotes nicht vor der Zuschlagsfrist endet**
- Fügen sie dem Angebot die Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bei. Andernfalls kann ihr Angebot keine Berücksichtigung finden
- Bitte fügen Sie dem Angebot auch aussagekräftige Unterlagen zu ihren Referenzen bei und nehmen Sie im Rahmen ihres Angebotes Bezug auf dies in der Ausschreibung adressierten Punkte
- Achten Sie bitte darauf dass das Angebot rechtskräftig unterschrieben ist und einen Stundensatz ausweist.
- Nebenangebote sind zugelassen

Zuschlagskriterien

Folgende Bewertungskriterien werden der Zuschlagserteilung mit aufgeführter Gewichtung zu Grunde gelegt:

Kriterium	Preis	Ausführungsdatum	Qualität	Umwelt	Sonstige (bitte benennen)
Gewichtung	50%	10%	20%	20%	

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Vergabeverfahren VG20266534

Im Hinblick auf § 123 Abs. 1 GWB i. V. m. § 31 Abs. 1 UVgO erkläre ich/erklären wir, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigung), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigung) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle oder terroristische Vereinigung im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; dies gilt gemäß § 31 Abs. 2 Satz 4 UVgO entsprechend, soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; dies gilt gemäß § 31 Abs. 2 Satz 4 UVgO entsprechend, soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung) jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (ausländische und internationale Bedienstete),
9. Art. 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Im Hinblick auf § 124 Abs. 1 GWB i. V. m. § 31 Abs. 1 UVgO erkläre ich/erklären wir folgendes:

1. Ich versichere/wir versichern, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

2. Ich erkläre/wir erklären, dass das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

3. Ich erkläre/wir erklären, dass das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

4. Ich erkläre/wir erklären, dass das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

5. Ich erkläre/wir erklären, dass ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens nicht besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit an einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

6. Ich erkläre/wir erklären, dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus besteht, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war.

7. Ich erkläre/wir erklären, dass das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat.

8. Ich erkläre/wir erklären, dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

9. Ich versichere/wir versichern, dass das Unternehmen:



- a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
- b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte oder
- c) keine fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnte, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Hinweis: Vertreter von Unternehmen, die außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland ihren Geschäftssitz haben, geben die o.g. Erklärungen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, ab.

Ort, Datum

Name, Vorname

Unterschrift, Stempel (Bieter)